

Die Entwicklung der Wirtschaft in Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung

Michael Fritsch, Alina Sorgner und Michael Wyrwich

Zusammenfassung

Der Beitrag behandelt die Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft seit dem Ende der DDR-Zeit. Dabei wird insbesondere auf die Ausgangslage und auf die Anforderungen des Transformationsprozesses eingegangen. Auch 25 Jahre nach der deutschen Vereinigung ist die Wirtschaft in Ostdeutschland noch deutlich durch mehr als 40 Jahre Sozialismus geprägt.

1. Fragestellung und Überblick

Ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Wiedervereinigung im Jahr 1990 liegt der Entwicklungsstand der ostdeutschen Wirtschaft immer noch deutlich unter dem westdeutschen Niveau. Beispielsweise beträgt die durchschnittliche Arbeitsproduktivität der privaten Wirtschaft in Ostdeutschland – eine zentrale Kennziffer für die Wettbewerbsfähigkeit – seit geraumer Zeit nur ca. 75 Prozent des westdeutschen Wertes. Wo liegen die Ursachen für diesen Rückstand? Was könnte die Politik dagegen tun?

Dieser Beitrag behandelt die Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft vom Zusammenbruch der DDR bis zur Gegenwart. Dabei wird zunächst der Zustand zum Ende der DDR-Zeit dargestellt (Abschnitt 2). Darauf aufbauend behandelt der Text dann die Auswirkungen der Grenzöffnung sowie der deutschen Wiedervereinigung auf die ostdeutschen Betriebe (Abschnitt 3) und schildert die daraus resultierenden Anpassungsprobleme im Transformationsprozess (Abschnitt 4). Schließlich beschreibt er den heutigen Zustand der Wirtschaft in Ostdeutschland und zieht wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen (Abschnitt 5).



2. Die Situation der DDR-Wirtschaft zum Ende der 1980er Jahre

2.1 Das System der Planwirtschaft

Die Wirtschaft in der DDR war als Planwirtschaft nach sowjetischem Vorbild organisiert. Dementsprechend waren nicht Angebot und Nachfrage, sondern eine zentrale staatliche Planung wesentlich für die Steuerung wirtschaftlicher Prozesse. Ferner befand sich die überwiegende Mehrheit der Betriebe nicht in privater Hand, sondern war Eigentum des Staates. Die Betriebe wurden daher als „Volkseigene Betriebe“ (VEB) bezeichnet, wobei dieses Volkseigentum in aller Regel über die Zwangsentziehung der ursprünglichen Betriebsinhaber erreicht wurde. Die Arbeitsmarktpolitik der DDR war darauf ausgerichtet, die Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung zu maximieren, um den chronischen Kapitalmangel bei der Güterproduktion auszugleichen. Dies führte dazu, dass in den späten 1980er Jahren auch 85 Prozent aller Frauen zwischen dem 15. und 65. Lebensjahr berufstätig waren, während der entsprechende Anteil in der alten Bundesrepublik zur gleichen Zeit nur etwa 55 Prozent betrug.

Die staatliche Plankommission der DDR entwickelte nach sowjetischem Muster einen Fünfjahresplan, der die Grundlage für die Zuteilung finanzieller und materieller Ressourcen für die staatlichen Betriebe bildete. Die Pläne wurden auf Basis von Prognosen über die Entwicklung der volkswirtschaftlichen Güternachfrage aufgestellt und stellten verbindliche Vorgaben für die Betriebe dar. Die Erfüllung dieser staatlichen Planvorgaben („Planerfüllung“) war ein wesentliches betriebliches Erfolgskriterium. Die Betriebe hatten nicht nur im Hinblick auf die Produktion kaum Spielraum für eigene Entscheidungen, sondern konnten ebenso wenig Einfluss auf die staatliche Festlegung von Preisen und Löhnen nehmen. Ebenso wurden der Außenhandel und etwaige Gewinne vom Staat kontrolliert.

Seit Gründung der DDR im Jahr 1949 war die Wirtschaftspolitik darauf ausgerichtet, den Privatbesitz von Produktivvermögen zu unterbinden und die Produktion in großen Einheiten, den Kombinat, zusammenzufassen. Hierzu wurden die privaten Betriebe nach und nach verstaatlicht. Während sich in den frühen 1970er Jahren noch etwa 16 Prozent der Arbeitsplätze in privaten oder halb-staatlichen Betrieben befanden, waren es im Jahr 1989 lediglich 5,3 Prozent. Nach verschiedenen Verstaatlichungswellen fanden sich die wenigen am Ende der 1980er Jahre noch vorhandenen Privatbetriebe fast ausschließlich im Handwerk und im Einzelhandel. Der Staat kontrollierte die Gewinne dieser Betriebe und unterband Wachstum über eine Größe von 10 Beschäftigten hinaus.

Die meisten Beschäftigten waren in den staatlichen Produktionsgenossenschaften (15,6 Prozent) oder den Kombinat (79,1 Prozent) tätig. Kombinate waren Großorganisationen, die durch einen hohen Grad an vertikaler Integration (Eigenfertigung) gekennzeichnet waren. In der Regel wurde ein bestimmtes Produkt (z.B. Fernseher) von nur einem oder zwei Kombinat hergestellt, so dass es kaum Auswahl aus der heimischen Produktion gab. Insgesamt bestanden in der DDR im Jahr 1989 genau 126 Kombinate.

Die Konzentration der Produktion in wenigen großen Kombinat hatte zum einen das Ziel, ein hohes Maß an Kontrolle über die planwirtschaftlich organisierte Wirtschaft ausüben zu können. Zum anderen versprach man sich hiervon Effizienzvorteile, die allerdings – sofern solche Vorteile tatsächlich bestanden – durch gravierende Mängel der Planwirtschaft zunichte gemacht wurden. Der Schwerpunkt der Produktion lag bei Agrar- und Industriegütern. Das Angebot von konsumnahen Dienstleistungen blieb vernachlässigt.

2.2 Das ostdeutsche Verarbeitende Gewerbe Ende der 1980er Jahre

Das hohe Maß an Spezialisierung der DDR-Betriebe auf einzelne Produkte, führte zu einem relativ hohen Anteil an Massenfertigung. Der Grad an Produktdifferenzierung war vergleichsweise niedrig. Bis auf einige wenige Vorzeigebereiche, wie z.B. die Optik, litt die DDR-Wirtschaft unter einem in wesentlichen Teilen technologisch stark rückständigen Anlagenbestand. Staatliche Planung und organisatorisch-institutionelle Defizite, wie etwa die Vorherrschaft politischer Konzepte über ökonomische Notwendigkeiten sowie das Fehlen von Wettbewerb, führten zu weiteren Einschränkungen der ohnehin geringen Leistungsfähigkeit. Zudem verursachten die rückständigen Produktionsmethoden, vor allem in der Chemieindustrie und im Braunkohletagebau, Umweltschäden ungeheuren Ausmaßes. Die Braunkohle war als Energieträger von überragender Bedeutung; ab dem Jahr 1982 wurde der Energiebedarf der DDR bis zu 70 Prozent mit Braunkohle abgedeckt.

Da die Betriebe bzw. Kombinate ein relativ hohes Maß an Eigenfertigung aufwiesen, war das Niveau der zwischenbetrieblichen Arbeitsteilung nur sehr gering. Lieferbeziehungen außerhalb des Systems staatlicher Planung waren offiziell verboten, fanden aber dennoch in einer inoffiziellen Grauzone statt. Innerhalb der Betriebe dominierte eine starke Zergliederung der Arbeitsabläufe, meist eingebunden in vielstufige, streng hierarchische Entscheidungsstrukturen. Dementsprechend waren Eigenverantwortlichkeit und die Fähigkeit bzw. der Wille zur Selbstorganisation nur relativ schwach ausgeprägt. So gut wie sämtliche Betriebe profitierten von einer Art Monopolstellung. Da Wirtschaftlichkeitsüberlegungen bei der Zuteilung von Produktionsmitteln in der Regel nur eine untergeordnete Rolle spielten – man spricht in diesem Zusammenhang von ‚weichen Budgetbeschränkungen – gab es auch allenfalls schwach ausgeprägte Anreize für einen effizienten Umgang mit den vorhandenen ökonomischen Potenzialen. Das staatliche Außenhandelsmonopol, die Nichtkonvertibilität der Währung aber auch ein von den westlichen Industriestaaten verhängtes Verbot der Lieferung technologieintensiver Güter an Staaten des Ostblocks (COCOM-Liste) isolierten die DDR-Wirtschaft von internationalen Entwicklungen im Bereich der Hochtechnologie.

Innovationsaktivitäten fanden nahezu ausschließlich in den akademischen Forschungseinrichtungen (Hochschulen, Akademie der Wissenschaften) und den zentralen Stammbetrieben der Kombinate statt. Auch für diesen Bereich gab es genaue Planvorgaben. Infolge der allgemeinen ökonomischen Ineffizienz des Systems sowie nicht zuletzt auch aufgrund der wirtschaftlichen Isolation der DDR waren die Innovationsaktivitäten enorm kostenintensiv. So wurde in der DDR Ende der 1980er Jahre ein 256 KB-Mikrochip zum Selbstkostenpreis von 536 DDR-Mark hergestellt, wobei ein vergleichbarer Chip auf dem Weltmarkt zu dieser Zeit umgerechnet lediglich etwa 6 DDR-Mark kostete.

Ende der 1980er Jahre betrug das Exportvolumen der DDR-Wirtschaft pro Kopf lediglich ca. 40 Prozent des westdeutschen Niveaus. Exportiert wurden vor allem Produkte des Maschinenbaus, wobei der Großteil dieser Lieferungen auf die osteuropäischen Staaten des RGW (= Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe), einem Zusammenschluss der wesentlichen sozialistischen Staaten des Ostblocks, entfiel. Das Spektrum der exportierten Güter umfasste vor allem klassische Standardprodukte.

Am Ende der DDR-Zeit stellte die ostdeutsche Wirtschaft ein überaus ineffizientes und technologisch rückständiges System dar, das durch fehlenden Wettbewerb, unzureichende und fehlgeleitete Einbindung in die internationale Arbeitsteilung sowie durch eine enorme zentrale Bürokratie gekennzeichnet war. Die sektorale Struktur des Landes entsprach in etwa jener Struktur, die in Westdeutschland in den späten

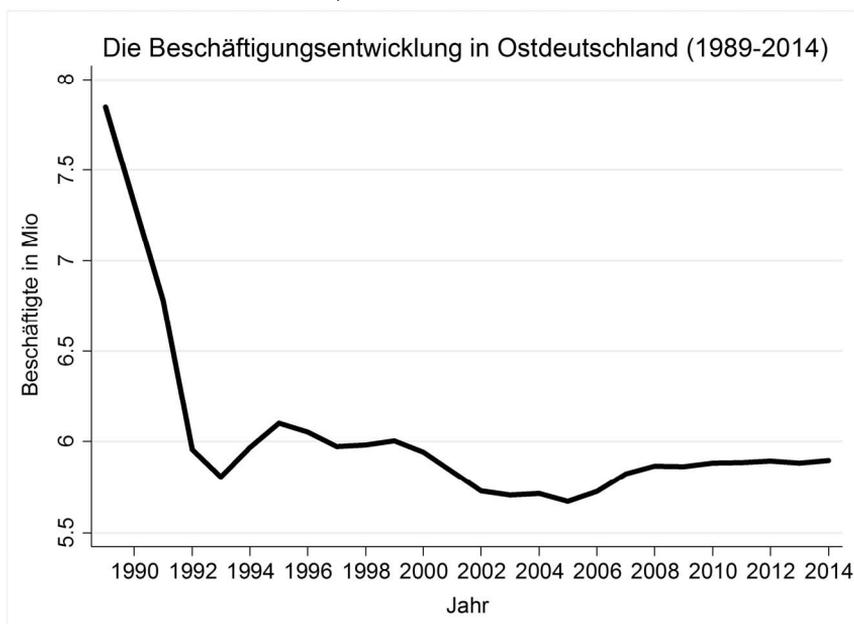
1960er Jahren herrschte. Eine Konsequenz dieser Zustände der DDR-Wirtschaft war eine im Vergleich zur BRD wesentlich geringere Produktivität. Ende der 1980er Jahre lag die Arbeitsproduktivität in Ostdeutschland nur bei knapp 30 Prozent des westdeutschen Niveaus.

3. Wirtschaft im Schock – Direkte Auswirkungen von Grenzöffnung und deutscher Vereinigung auf die DDR-Wirtschaft

3.1 Der Transformationschock

Die mit der deutschen Vereinigung einhergehende Marktöffnung im Jahr 1990 war in vielerlei Hinsicht mit abrupten Veränderungen der Rahmenbedingungen für die ostdeutsche Wirtschaft verbunden. Dies hatte zur Folge, dass der wirtschaftliche Strukturwandel in Ostdeutschland sehr umfassend und sehr schnell erfolgte. Dies erforderte von den vorhandenen Betrieben enorme Anpassungsleistungen, die nur in geringem Ausmaß gelangen. Folge war ein massiver Beschäftigungsrückgang, der durch staatlich unterstützte Sanierungsmaßnahmen und Beschäftigungsgesellschaften nur zu einem Teil abgemildert werden konnte (Abbildung 1). Zwischen 1989 und 1993 sank die Anzahl der Beschäftigten in Ostdeutschland von 9,8 auf 6,2 Millionen mit der Folge, dass die durchschnittliche Arbeitslosenquote im Jahr 1993 bei ca. 15 Prozent lag.

Abbildung 1: Beschäftigungsentwicklung in Ostdeutschland (ohne Berlin) zwischen 1989 und 2014 (Quelle: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder, (AK ETR 2015))



Es lassen sich verschiedene Arten solcher schockartig eingetretenen Brüche unterscheiden, die in unterschiedlicher Weise auf die ostdeutsche Wirtschaft wirkten (ausführlich hierzu Brezinski und Fritsch 1995). Im Folgenden unterscheiden wir den Wettbewerbs-

schock (Abschnitt 3.2), den Angebotsschock (Abschnitt 3.3), den Lohnschock (Abschnitt 3.4) sowie die plötzliche Veränderung der institutionellen Rahmenbedingungen und die damit verbundenen mentalen Herausforderungen (Abschnitt 3.5).

3.2 Der Wettbewerbsschock

Bereits die Öffnung der innerdeutschen Grenze für ostdeutsche Besucher im November 1989 war mit einer erheblichen Verschärfung des Wettbewerbs für ostdeutsche Betriebe verbunden. Mit der Einführung der deutschen Währungsunion am 1. Juli 1990 und der formellen Vereinigung am 3. Oktober 1990 hatten Anbieter aus anderen Ländern schlagartig ungehinderten Zugang zum ostdeutschen Markt, was für die DDR-Wirtschaft zu einem Nachfrage- und Produktionsrückgang dramatischen Ausmaßes führte. Dabei wurde der Absatz ostdeutscher Produkte nicht zuletzt dadurch erschwert, dass ihnen der Ruf minderer Qualität anhing. Da die Produkte ostdeutscher Anbieter nun in „harter“ Währung zu bezahlen waren, wurden sie für Nachfrager aus anderen osteuropäischen Ländern, die bis dahin die wichtigsten Handelspartner waren, sehr viel teurer. Aus diesem Grunde brach auch die Nachfrage aus diesen Ländern weitestgehend zusammen. Viele ostdeutsche Unternehmen verloren mehr oder weniger ihren gesamten Kundenstamm und waren gezwungen, neue Geschäftsbeziehungen zu Nachfragern und Lieferanten aufzubauen.

Nicht nur ging das Niveau der Nachfrage dramatisch zurück, auch die Nachfragestruktur änderte sich mit der Marktöffnung grundlegend. Hatten die ostdeutschen Firmen vor dem Systemumbruch vorwiegend Massenware gefertigt, so wurde die Nachfrage nun wesentlich differenzierter und vor allem anspruchsvoller, da die qualitativ hochwertigen Erzeugnisse westlicher Hersteller verfügbar waren. Um überhaupt etwas verkaufen zu können, war es für viele ostdeutsche Betriebe notwendig, sehr schnell die Qualität der Produkte zu verbessern oder völlig neue Produkte zu entwickeln. Zudem galt es, neue Abnehmerkreise im ehemals weitgehend unzugänglichen Westen zu erschließen.

3.3 Der Angebotsschock

Die außerordentlich hohe Fertigungstiefe der DDR-Betriebe bedeutete, dass *ein* Betrieb ein Produkt ausgehend von den Rohmaterialien mehr oder weniger in Gänze selbst hergestellt hat. Dies hatte im Wesentlichen zwei Ursachen. Zum einen machte ein hoher Anteil an Eigenfertigung die Betriebe weitgehend unabhängig von Zuliefer-Engpässen, die systembedingt häufig auftraten. Zum anderen ergab sich die hohe Fertigungstiefe daraus, dass die extern verfügbaren Vorleistungen meist von niedriger Qualität und in nur geringem Maße auf die Erfordernisse der Betriebe zugeschnitten waren, was häufig aufwändige Bearbeitungsschritte notwendig werden ließ.

Durch die mit der deutschen Vereinigung einhergehende Marktöffnung sahen sich die ostdeutschen Betriebe einem wesentlich differenzierteren Angebot an hochwertigen Vorprodukten bzw. Vorleistungen gegenüber, das grundlegende Veränderungen im Produktionsprozess erforderte. Da sich die Eigenfertigung unter diesen Bedingungen häufig als unwirtschaftlich erwies, mussten viele Betriebe ihre Fertigungstiefe wesentlich reduzieren. Konkret führte dies zur Schließung ganzer Fertigungsstufen und zu einem entsprechenden Beschäftigungsabbau (siehe Abbildung 1; ausführlich hierzu Mallok 1996). Damit einhergehend fand ein grundlegender Wandel der Branchenstruktur statt. Abbildung 2 zeigt die Beschäftigungsanteile der großen Sektoren in Ost- und

Westdeutschland in den Jahren 1989 und 2013. Während der Beschäftigungsanteil des Verarbeitenden Gewerbes in Ostdeutschland zum Ende der DDR-Zeit um ca. 10 Prozent über dem entsprechenden Wert lag, haben sich diese Anteile bis zum Jahr 2013 weitgehend angeglichen. Ein relativ großer Rückgang des Beschäftigungsanteils ist auch für die Landwirtschaft in Ostdeutschland zu verzeichnen. Demgegenüber stiegen die Beschäftigungsanteile im Dienstleistungssektor sowie im Bereich Bildung, Sozialwesen und Verwaltung deutlich an.

Abbildung 2a: Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren in Ostdeutschland (ohne Berlin) 1989 und 2013 (Quelle: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder, AK ETR 2014)

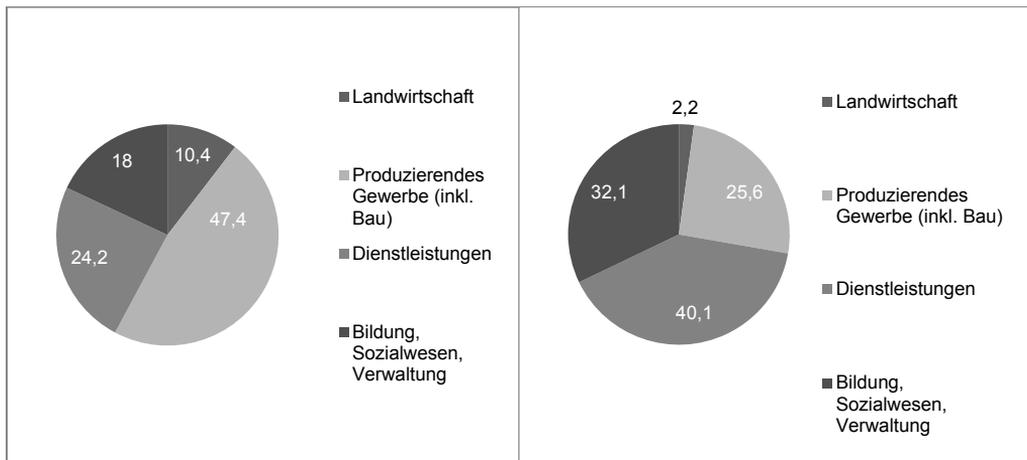
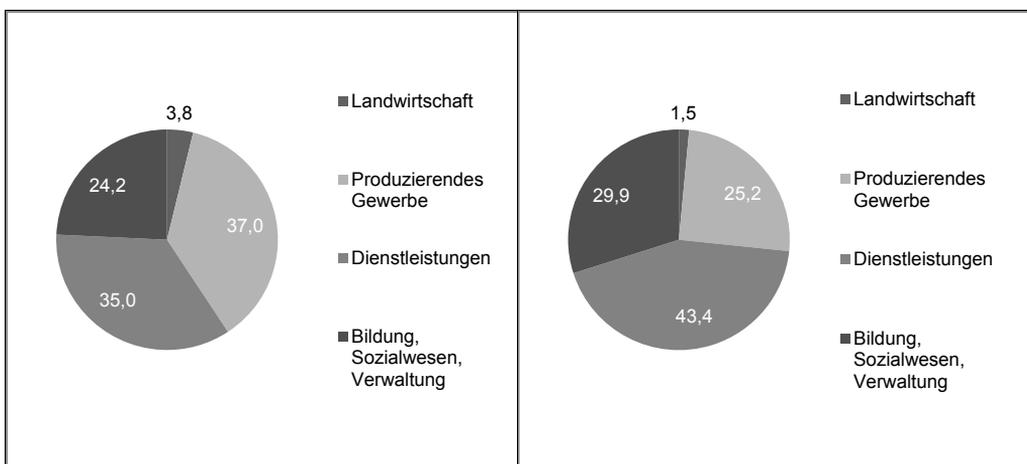


Abbildung 2b: Beschäftigte nach Wirtschaftssektoren in Westdeutschland (ohne Berlin) 1989 und 2013 (Quelle: Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder, AK ETR 2014)



3.4 Der Lohnschock

Zu Beginn des Jahres 1990 lagen die Löhne und Gehälter in der DDR bei lediglich ca. 7 Prozent des westdeutschen Niveaus. Diese niedrige Relation ergab sich zu einem wesentlichen Teil daraus, dass die Beschäftigten zu dieser Zeit noch in DDR-Währung bezahlt wurden und die DDR-Mark im Vergleich zur DM wesentlich weniger wert war. Durch die Einführung der DM in der DDR (Währungsunion) zum 1. Juli 1990 und durch entsprechende Tarifabschlüsse betrug die Ost-West-Relation der Löhne und Gehälter am Ende des Jahres 1990 bereits ca. 39 Prozent, was eine Steigerung innerhalb eines Jahres um mehr als 500 Prozent bedeutete. Ein Jahr später, Ende 1991, waren die ostdeutschen Löhne auf ca. 50 Prozent des westdeutschen Niveaus angestiegen, und Ende des Jahres 1992 erreichten sie fast 60 Prozent.

Aufgrund der relativ geringen Arbeitsproduktivität der ostdeutschen Wirtschaft führten diese Lohnsteigerungen sehr schnell dazu, dass die Herstellungskosten vieler ostdeutscher Betriebe über denen der westdeutschen Konkurrenz lagen. Relativ geringe Produktivität in Verbindung mit stark gestiegenen Lohnkosten trug wesentlich zum dramatischen Arbeitsplatzabbau in Ostdeutschland in den ersten Jahren nach dem Systemumbruch (Abbildung 1) bei. Als Folge stieg die Arbeitslosenrate dramatisch an und die Migration ostdeutscher Arbeitskräfte nach Westdeutschland sowie in die angrenzenden Länder nahm stark zu.

3.5 Veränderte Regulierungen und mentale Schocks

Nicht zu vernachlässigen sind die mentalen Anforderungen, mit denen die Menschen in Ostdeutschland durch den Transformationsprozess konfrontiert waren. Allein die mit der deutschen Vereinigung am 3. Oktober 1990 buchstäblich über Nacht erfolgte Übernahme des westdeutschen Rechtssystems erforderte enorme Anpassungsleistungen. Nicht nur, dass sich die institutionellen Rahmenbedingungen schlagartig und grundlegend änderten, auch die Regulierungsdichte des westlichen Systems war erheblich höher als in der DDR. Ein weiterer Unterschied bestand auch darin, dass die neuen Regeln sehr viel energischer durchgesetzt wurden als im ehemaligen sozialistischen System.

Weiterhin gingen der Zusammenbruch der DDR und die Übernahme des westdeutschen Systems mit einem Wegfall staatlicher Propaganda einher, die etwa Individualismus und Unternehmertum als zu bekämpfende Überbleibsel einer bourgeoiser Gesellschaft verdammt. Insbesondere die nun höheren Anforderungen an Eigeninitiative, Eigenverantwortlichkeit und Selbstvorsorge bedeutete für viele Bürger in Ostdeutschland, die im DDR-System sozialisiert waren, eine erhebliche Umstellung. Hinzu kam für viele Menschen die Erfahrung, dass Teile ihrer unter den alten Rahmenbedingungen erworbenen Qualifikationen nun nicht mehr benötigt wurden oder erheblich weniger wert waren. Besonders schwerwiegend wirkte schließlich, dass der Arbeitsplatz nicht mehr staatlich garantiert war und die damit verbundene drohende oder tatsächlich eintretende Arbeitslosigkeit.

4. Ein langer Weg – Die Anpassung der ostdeutschen Unternehmenslandschaft in der Transformation in eine Marktwirtschaft

Eine wesentliche Voraussetzung für die Umwandlung der DDR-Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft war die Privatisierung der ehemals staatlichen Volkseigenen Betriebe (VEB). Parallel zu dieser Transformation „von oben“ („top down“, Abschnitt 4.1) fand eine große Anzahl von Gründungen neuer Unternehmen statt. Dieser Teil der Transformation geschah, spiegelbildlich gesehen, „von unten“ („bottom up“) (Abschnitt 4.2).

4.1 Transformation „von oben“

Die Organisation der Privatisierung staatlicher DDR-Betriebe oblag der noch zu DDR-Zeiten gegründeten Treuhandanstalt. Ziel war es, die DDR-Betriebe nach den Grundsätzen einer Marktwirtschaft zu privatisieren und so die „Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu sichern“ (§ 8 Treuhandgesetz) oder, sofern dies nicht möglich war, die betreffenden Betriebe stillzulegen. Die Praxis der Treuhandanstalt stütze sich auf die von ihrem zweiten Präsidenten Karsten Rohwedder formulierte Leitlinie: „Schnelle Privatisierung, entschlossene Sanierung, behutsame Stilllegung“.

Am 1. Juli 1990 waren der Treuhandanstalt etwa 8.500 Betriebe mit über 4 Millionen Beschäftigten unterstellt. Durch die Entflechtung von Kombinatzen stieg die Anzahl der Betriebe mit der Zeit zunächst noch an. Bis zur Selbstauflösung der Treuhandanstalt zum 31. Dezember 1994 wurden 8.134 Betriebe an private Investoren veräußert oder reprivatisiert; weitere 310 Betriebe wurden in kommunale Hände überführt und 3.718 Betriebe wurden stillgelegt. Die hohe Anzahl der Schließungen war sowohl auf das Erbe der sozialistischen Planwirtschaft, als auch auf die dramatisch geänderten Rahmenbedingungen zurückzuführen. Infolge der wirtschaftlichen Schwäche der DDR-Betriebe entfiel auf sie bereits wenige Jahre nach der Wende lediglich ein Bruchteil der in Ostdeutschland vorhandenen Arbeitsplätze (z.B. Bellmann u.a. 2003).

4.2 Transformation „von unten“: Von (fast) Null auf Hundert

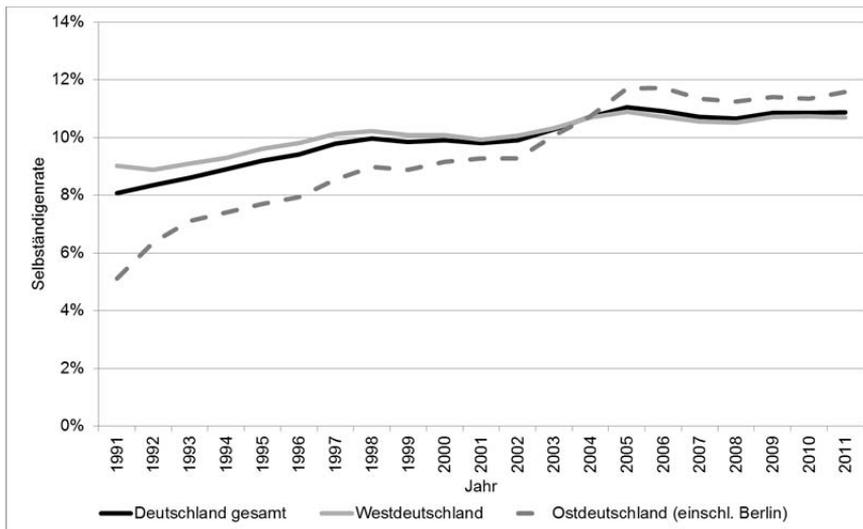
Während die Transformation durch Abwicklung und Umstrukturierung der DDR-Altbetriebe „von oben“ mit massivem Arbeitsplatzabbau verbunden war, entstanden neue Arbeitsplätze fast ausschließlich durch die Transformation „von unten“, nämlich durch die Gründung neuer Unternehmen. Nachdem privates Unternehmertum während der DDR-Zeit sowohl ideologisch wie auch praktisch durch Enteignungen und Zwangskollektivierungen bekämpft wurde, fand in Ostdeutschland direkt nach der Wende ein regelrechter Gründungsboom statt. Allein im Jahr 1990 wurden ca. 139.000 neue Unternehmen gegründet, wobei der ganz überwiegende Teil auf den Dienstleistungsbereich entfiel.

Der Gründungsboom in Ostdeutschland während der ersten Jahre des Transformationsprozesses hatte verschiedene Ursachen:

- *Erstens* hatte sich durch die weitgehende Unterdrückung von unternehmerischer Selbständigkeit unter dem DDR-Regime ein Nachholbedarf an Gründungen angestaut.

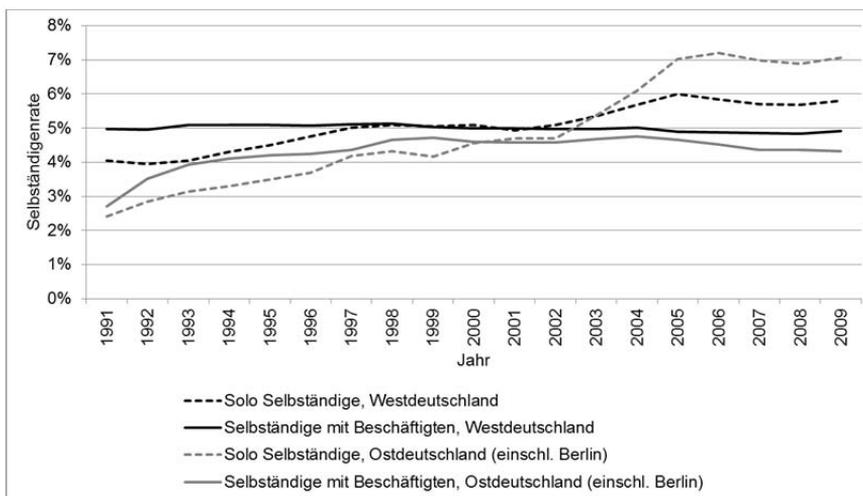
- *Zweitens* standen der steigenden Nachfrage insbesondere nach Dienstleistungen unmittelbar nach dem Systemumbruch nur relativ wenige ostdeutsche Anbieter gegenüber.
- *Drittens* führte die massiv zunehmende Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland dazu, dass viele Gründungen aus Mangel an beruflichen Alternativen stattfanden („Necessity Entrepreneurship“).

Abbildung 3: Entwicklung des Anteils der Selbständigen an allen Erwerbstätigen in Ost- und Westdeutschland im Zeitraum 1991-2011 (Quelle: Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes, 1991-2011; eigene Auswertungen)



Im Jahr 1991 lag die Selbständigenrate (Anteil der beruflich selbständig Tätigen an allen Erwerbstätigen) in Ostdeutschland im Durchschnitt bei 5,1 Prozent und war damit deutlich geringer als in den alten Bundesländern (9,01 Prozent). Aufgrund des Zusammenspiels von „Push-“ (Arbeitslosigkeit) und „Pull-“ Faktoren (Nachholbedarf bei Dienstleistungen) stieg die Selbständigenrate in Ostdeutschland während der Folgezeit enorm an und übertraf mit 11,7 Prozent im Jahr 2005 zum ersten Mal nach der Wende das Niveau der alten Bundesländer (10,9 Prozent) (siehe Abbildung 3). Allerdings weist die Selbständigenrate erhebliche regionale Unterschiede auf. Insbesondere in Brandenburg und Berlin sowie im südlichen Sachsen und in Thüringen ist das Niveau der unternehmerischen Selbständigkeit relativ hoch, im überwiegend ländlich geprägten Mecklenburg-Vorpommern sowie in Sachsen-Anhalt fallen die Selbständigkeitsraten hingegen vergleichsweise gering aus (ausführlich hierzu Fritsch u.a. 2014).

Abbildung 4: Entwicklung des Anteils der Selbständigen mit und ohne Beschäftigte an allen Erwerbstätigen in Ost- und Westdeutschland im Zeitraum 1991-2009 (Quelle: Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes, 1991-2009; eigene Auswertungen)



Ein wesentliches Problem ostdeutscher Gründer waren mangelnde Kenntnisse und Erfahrungen mit den Anforderungen einer Marktwirtschaft. Vor allem unzureichende Management-Fähigkeiten stellten ein Wachstumshemmnis dar und führten zu einem relativ hohen Risiko des Scheiterns. Außerdem verfügten ostdeutsche Gründer in der Regel über nur wenig Eigenkapital. Diese Gründe trugen entscheidend dazu bei, dass es in Ostdeutschland auch noch 25 Jahre nach der Wende an großen Betrieben mangelt. Der Anteil der Solo-Selbständigen (Betriebe ohne Angestellte) in Ostdeutschland ist im Zeitraum von 1991 bis 2009 von 2,4 Prozent auf 7,1 Prozent gestiegen, und liegt damit weit über dem westdeutschen Wert von 5,8 Prozent (vgl. Abbildung 4).

5. Die ostdeutsche Wirtschaft heute: Produktivitätsrückstand, Kleinteiligkeit und verhaltene Wachstumsdynamik

Die Spuren der sozialistischen DDR-Wirtschaft und des mit der deutschen Vereinigung einsetzenden Transformationsprozesses sind auch ein Vierteljahrhundert danach deutlich erkennbar. Im Durchschnitt weisen die ostdeutschen Unternehmen gegenüber dem Westen des Landes immer noch einen Produktivitätsrückstand von ca. 25 Prozent auf. Sie sind weniger innovativ und ihr Exportanteil ist vergleichsweise gering (Mattes u.a. 2015). Als Folge der geringen Wettbewerbsfähigkeit ist die Wachstumsdynamik schwach ausgeprägt, so dass die meisten Unternehmen relativ klein bleiben; Großunternehmen sind kaum vorhanden. Bei der Betrachtung solcher Durchschnittswerte sollte allerdings keinesfalls übersehen werden, dass es in Ostdeutschland durchaus auch hochinnovative Firmen mit hoher Produktivität gibt, die auf ihrem Gebiet Weltmarktführer sind. Diese Firmen sind aber noch eine seltene Ausnahme.

Ein weiteres Charakteristikum der ostdeutschen Wirtschaft ist, dass viele Betriebe Filialen von Unternehmen sind, deren Hauptsitze sich außerhalb Ostdeutschlands be-

finden. Es fehlen Unternehmenszentralen, in denen die wesentlichen Entscheidungen für das Unternehmen getroffen werden. Die relativ geringe unternehmerische Entscheidungsmacht in Ostdeutschland spiegelt sich etwa darin wider, dass keines der 100 größten deutschen Unternehmen seinen Hauptsitz in den neuen Bundesländern hat. In der öffentlichen Diskussion wird im Zusammenhang mit ostdeutschen Zweigbetrieben oft von „verlängerten Werkbänken“ gesprochen. Da dieser Begriff im Kern Betriebe mit standardisierter Massenproduktion in späten Stadien des Produkt-Lebenszyklus meint, ist er für viele der ostdeutschen Zweigbetriebe allerdings nicht ganz zutreffend. Denn aufgrund der relativ hohen Qualifikation der Arbeitskräfte in den neuen Bundesländern sind in vielen der Zweigbetriebe durchaus anspruchsvolle Tätigkeitsbereiche angesiedelt.

Abbildung 5a: Selbständige in Ostdeutschland (einschl. Berlin) nach Wirtschaftsbereichen (Quelle: Statistisches Bundesamt, 2013)

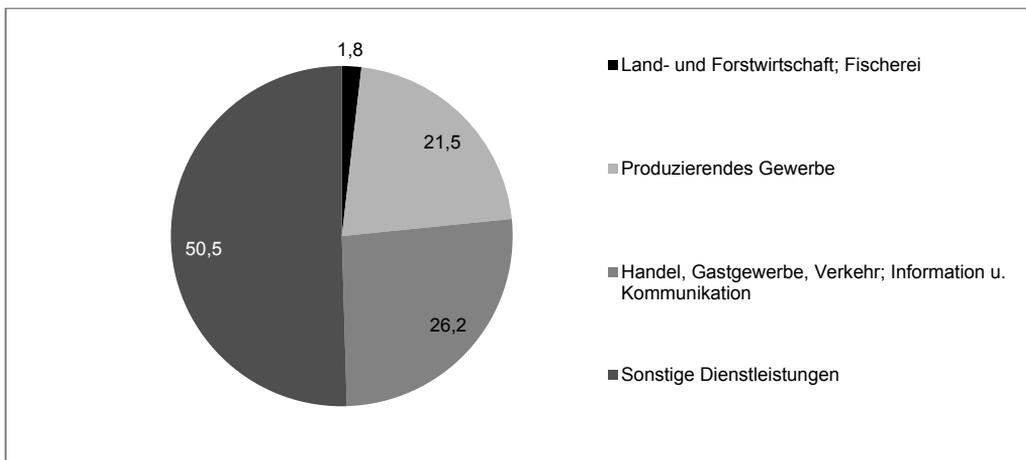
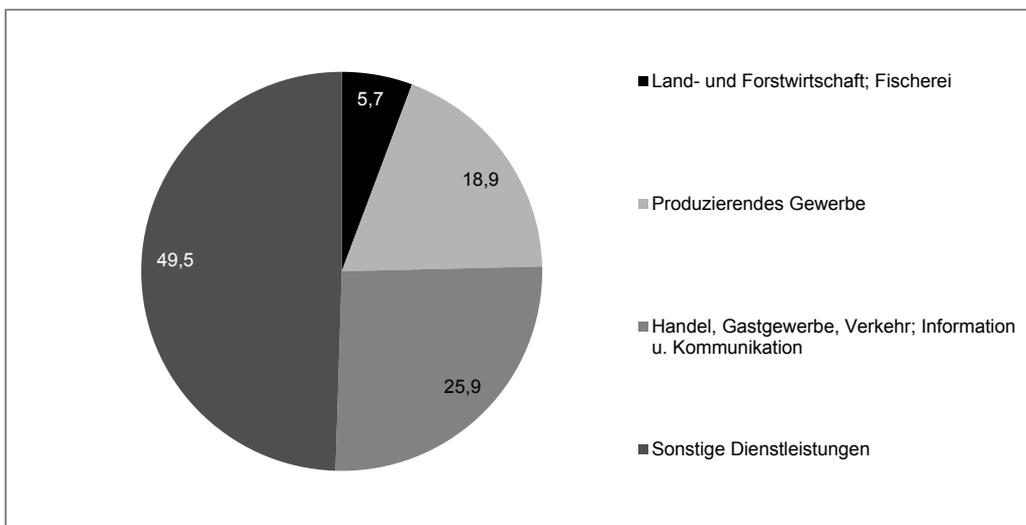


Abbildung 5b: Selbständige in Westdeutschland nach Wirtschaftsbereichen (Quelle: Statistisches Bundesamt, 2013)



Die sektorale Struktur der Selbständigen in Ostdeutschland ist heutzutage durchaus mit der in Westdeutschland vergleichbar. In beiden Teilen Deutschlands sind ca. 50 Prozent aller Selbständigen im Dienstleistungssektor aktiv (siehe Abb. 5). Auch die Anteile der Selbständigen im Produzierenden Gewerbe fallen in Ost- und Westdeutschland recht ähnlich aus. Ein wesentlicher Unterschied besteht darin, dass ein deutlich geringerer Anteil der ostdeutschen Selbständige auf die Landwirtschaft entfällt (1,8 Prozent verglichen mit 5,7 Prozent), was zu einem wesentlichen Teil darauf beruht, dass die ostdeutschen Betriebe in diesem Sektor vergleichsweise groß sind. Hintergrund hierfür ist, dass sich die in der DDR-Zeit durch Zwangskollektivierung geschaffenen großen Einheiten (Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften, LPGs) auch unter den durch die deutsche Vereinigung veränderten Rahmenbedingungen als effizient erwiesen haben und nach der Wende nicht wesentlich verkleinert wurden.

Der Transformationsprozess der ostdeutschen Unternehmenslandschaft seit der Wende der Jahre 1989/90 hat gezeigt, dass die überwiegende Mehrzahl der ehemals staatlichen Großbetriebe den Anforderungen des Wandels trotz massiver staatlicher Subventionierung nicht gewachsen war. Demgegenüber haben neu gegründete Unternehmen eine zentrale Rolle gespielt und einen wichtigen Beitrag zur Wirtschaftsentwicklung geleistet. Alles in allem ist die ostdeutsche Wirtschaftsentwicklung seit dem Systemumbruch in den Jahren 1989/90 mit einer Vielzahl an einschneidenden wirtschaftlichen und sozialen Problemlagen verbunden gewesen. Der Anpassungs- und Angleichungsprozess an die Verhältnisse in den alten Bundesländern scheint auch nach 25 Jahren noch lange nicht abgeschlossen zu sein.

Unabhängig von den allgemeinen Entwicklungstrends gibt es in Ostdeutschland auch Regionen, die den radikalen Wandel von der Plan- zur Marktwirtschaft relativ gut bewältigt haben und zu den „blühenden Landschaften“ geworden sind, die der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl im Jahr 1990 im Hinblick auf die ostdeutsche Wirtschaftsentwicklung versprochen hatte. Neben dem Sonderfall der Region Berlin handelt es sich bei solchen „Leuchttürmen“ wie Dresden und Jena in der Regel um Standorte, die bereits vor dem Zweiten Weltkrieg und der DDR-Zeit wirtschaftlich relativ weit entwickelt waren. Gleichwohl gibt es viele Problemregionen, die durch einen anhaltenden Bevölkerungsrückgang und hohe Arbeitslosigkeit geprägt sind. Besonders gravierend zeigen sich die wirtschaftlichen Probleme dort, wo die sozialistische Planwirtschaft der DDR massiv Kapazitäten aufgebaut hat, die nach der Wende kaum noch gebraucht wurden, wie zum Beispiel in Eisenhüttenstadt und Hoyerswerda.

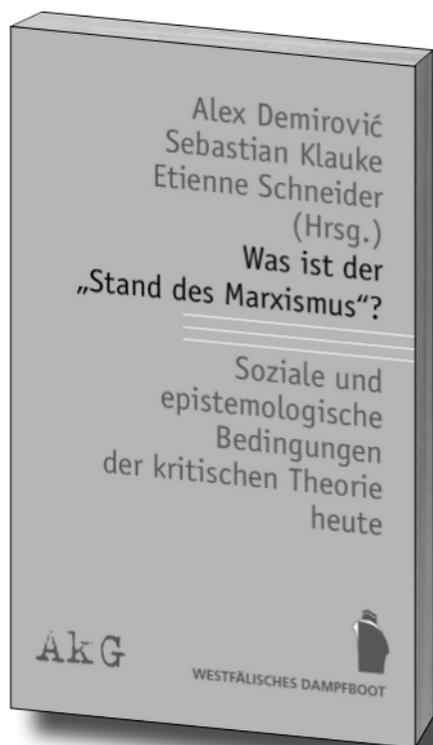
5. Fazit

Der spezifisch deutsche Weg der Schock-Transformation, also des abrupten Übergangs von der DDR-Planwirtschaft zu einer Marktwirtschaft, hat viele ostdeutsche Betriebe überfordert, so dass sie trotz zum Teil massiver finanzieller Unterstützung aus dem Markt ausscheiden mussten. Dies hat in der ostdeutschen Unternehmenslandschaft deutliche Spuren hinterlassen, die heute noch klar erkennbar sind. Die schockartige Transformation hatte allerdings auch Vorteile: Erstens herrschte – anders als in vielen anderen der ehemaligen sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas – sehr schnell Gewissheit über die zukünftige Ausgestaltung des Wirtschaftssystems. Und zweitens kamen die neuen Bundesländer durch den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland und die damit verbundene Mitgliedschaft in der Europäischen Union in den Genuss sehr umfangreicher sachlicher und finanzieller Unterstützung bei der Bewältigung des Wandels.

Alles in allem ist festzuhalten, dass sowohl die Transformation „von oben“ als auch die Transformation „von unten“ mit spezifischen Problemen verbunden waren. Beide Entwicklungen führten zu dramatischen Verschiebungen der Eigentümerstruktur. Während gegen Ende der DDR-Zeit nahezu sämtliche Beschäftigten in staatlichen Großbetrieben tätig waren, war der Anteil der in DDR-Altbetrieben Beschäftigten schon wenige Jahre nach der Wende sehr gering. Die durch die Transformation „von unten“ geschaffenen Arbeitsplätze konnten die mit der Transformation „von oben“ verbundenen Arbeitsplatzverluste während der ersten zweieinhalb Jahrzehnte nach dem Zusammenbruch der DDR allerdings nicht ausgleichen. Trotz massiver Abwanderung von Arbeitskräften liegt die Arbeitslosenquote im Gebiet der ehemaligen DDR im Frühjahr 2015 immer noch um zwei Drittel über dem Wert der alten Bundesländer.

Literatur

- Arbeitskreis Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (2013): Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder: Erwerbstätige in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2012, Reihe 2 Band 1, Wiesbaden.
- Bellmann, Lutz, Maritta Bernien, Arnd Kölling, Iris Möller und Jürgen Wahse (2003): Arbeitsplatzdynamik in betrieblichen Neugründungen Ostdeutschlands. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Bd. 268, Nürnberg.
- Brezinski, Horst und Michael Fritsch (1995): Transformation: The Shocking German Way. *Moct-Most*, Vol. 5, No. 4, 1-25.
- Fritsch, Michael, Elisabeth Bublitz, Alina Sorgner und Michael Wyrwich (2014): How Much of a Socialist Legacy? The Re-emergence of Entrepreneurship in the East German Transformation to a Market Economy. *Small Business Economics*, Vol. 43, 427-446.
- Mallok, Jörn (1996): Engpässe in ostdeutschen Fabriken – Technikausstattung, Technikeinsatz und Produktivität im Ost-West-Vergleich. Berlin.
- Mattes, Anselm u.a. (2015): Kleinteiligkeit der ostdeutschen Wirtschaft - Gibt es spezifische Wachstumshemmnisse für die Bildung größerer Unternehmenseinheiten? Studie im Auftrag des Bundesministerium des Innern, Berlin: DIW econ.
- Statistisches Bundesamt (2013): Mikrozensus, Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Fachserie 1, Reihe 4.1.1, Wiesbaden.



*Alex Demirović, Sebastian Klauke,
Étienne Schneider (Hrsg.)*

Was ist der „Stand des Marxismus“?

Soziale und epistemologische
Bedingungen der kritischen Theorie heute
(hrsg. im Auftrag der Assoziation
für kritische Gesellschaftsforschung)

2015 - 184 Seiten - 19,90 €
ISBN: 978-3-89691-717-1

Selbstreflexion und Überprüfung
bisheriger Standards kritischer
Gesellschaftstheorie: Alex Demirović,
Sebastian Klauke und Étienne Schnei-
der fragen völlig zu Recht im neuen
Band der *Assoziation für kritische
Gesellschaftsforschung (AKG)* „Was ist
der Stand des Marxismus?“ Sie legen
dabei eine bemerkenswerte Bilanzie-
rung der kritischen Theorie vor.



*Dirk Martin, Susanne Martin,
Jens Wissel (Hrsg.)*

Perspektiven und Konstellationen kritischer Theorie

2015 - 316 Seiten - 29,90 €
ISBN: 978-3-89691-977-9

Die hier präsentierten Beiträge zum
Thema *Kritische Theorie* sind auch
beeinflusst durch die aktuellen gesell-
schaftlichen Krisenphänomene im
Anschluss an die Weltwirtschaftskrise.
Deshalb nehmen Auseinandersetz-
ungen mit der Krise der Demokratie
und Fragen von Hegemonie- und
Staatstheorie in diesem Buch einen
breiten Raum ein.

